



FB Wirtschaftswissenschaften
Institut für Kooperation mit Entwicklungsländern (IKE)

=====

SEMINAR

Generalthema: "Institutionen, Kooperation und Ressourcenmanagement"

Leiter: Prof. Dr. Michael Kirk

=====

Thema 5. Bedeutung kollektiven Handelns für das gemeinschaftliche Ressourcenmanagement und Anforderungen zu den Nutzergruppen

1. Einführung in die Problematik
2. Definition einer Almende Ressource nach E. Ostrom. Abgrenzung.
3. Das Ressourcensystem
4. Nutzung des Ressourcensystems. Rollen der kollektiv Handelnden.
5. Verhaltensalternativen.
6. Systemalternativen.
7. Fallstudie "Palawan - die letzte ökologische Grenze"
8. Pro und Contra das kollektive Handeln

Referent: Pavlin Bogdanov

Abgabetermin: 09.11.2001
Vorzutragen am: 23.11.2001

1. Einführung in die Problematik.¹

In den letzten Jahren wird die folgende Tendenz sichtbar: Immer mehr wird die Kontrolle über natürlichen Ressourcen von den jeweiligen Regierungen auf die konkreten Nutzergruppen verlagert. Diese sogenannte "Devolution" betrifft sowohl verschiedene Erdteile, als auch verschiedene Gruppen von Ressourcen - Wasser, forstwirtschaftliche Bestände, Ackerland, Fischereiwirtschaften etc.

Im Grunde handelt es sich hier um die "Umwälzung" von Verantwortlichkeit und Zuständigkeit, die ursprünglich der Staat als seine eigene Domäne betrachtet hat, an Nichtregierungskörperschaften. Die Folgen dieses Prozesses sind unter unterschiedlichen Namen bekannt. Wenn der Staat sich zurückzieht und die Nutzung und Verwaltung der Ressourcenquelle an lokale Benutzern überlässt, so spricht man über "Community Based Resource Management" (CBRM). Wenn der Staat eine gewisse Rolle im Management behält, so bezeichnet man diese Form als Co-Management. Diese Bezeichnungen sind natürlich nicht immer zutreffend, weil die tatsächlichen Verwaltungsformen ineinander übergehen und keine klaren Umriss haben. Je nach dem Land, wo diese Formen implementiert werden, tragen sie unterschiedliche Namen.

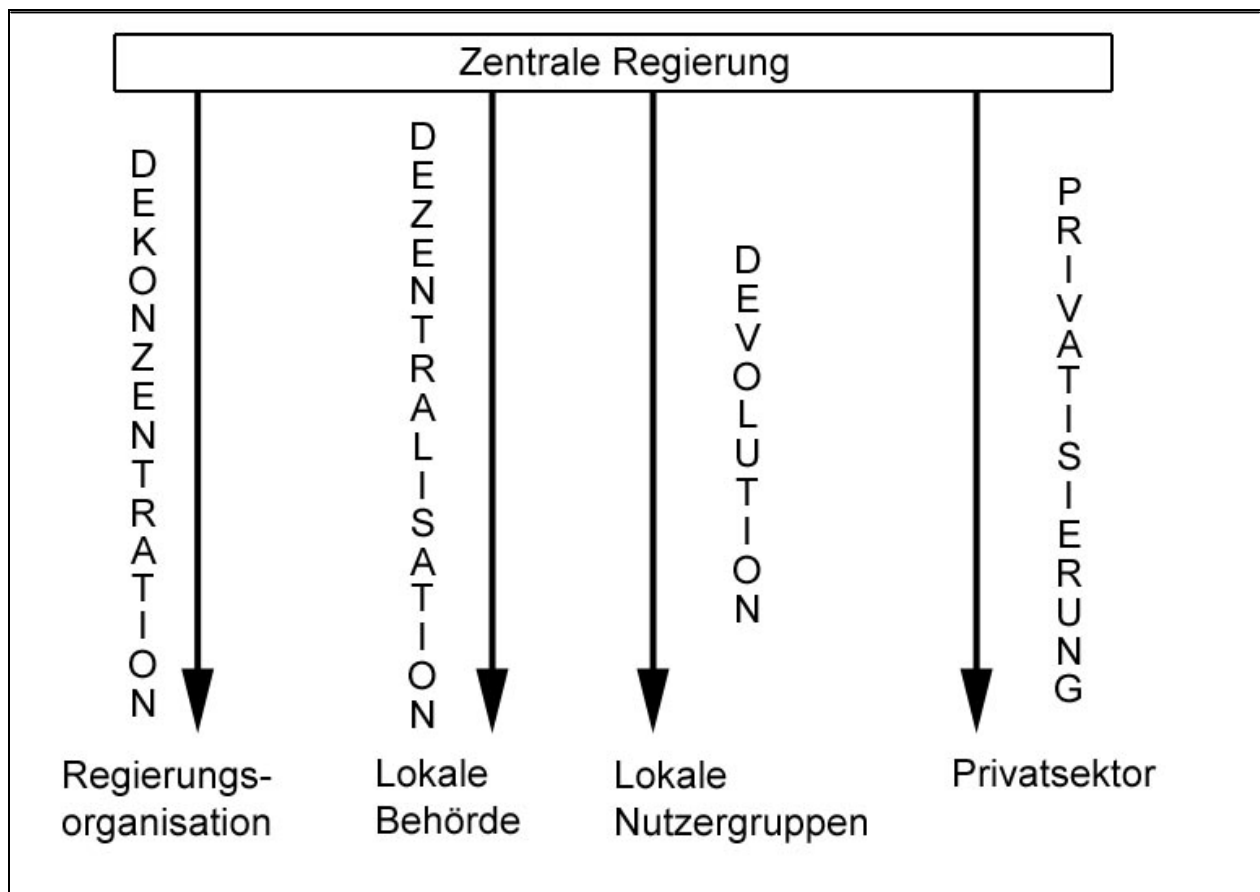
Es wird offensichtlich hilfreich sein, wenn wir die verschiedenen Formen oder Stufen des Zurückziehens des Staates von der Verwaltung von öffentlichen Ressourcen hier angeben.

Unter **Dekonzentration** versteht man die Verschiebung der Entscheidungsmacht nach unten binnen derselben Institution der staatlichen Gewalt. Diese Form von Veränderung ist am wenigsten grundlegend, die Verantwortung für die Ressource oder für die Ressourcengruppe bleibt im selben staatlichen Gremium unter der Kontrolle des Staates, nur darüber wird auf einem niedrigerem Niveau entschieden. Die **Dezentralisierung** dagegen sieht die Verlagerung der Machtressourcen von einer zentralen staatlichen Einrichtung zu einer regionalen Institution vor. Die Verantwortung und die Verwaltung bleiben wieder beim Staat, so bekommen aber lokale Interessentengruppen (Nutzer oder einfach Anwohner) die Chance bei der Verwaltung der natürlichen Ressource mitzuwirken.

Der Fall, den wir jetzt bei dem gemeinschaftlichen Ressourcenmanagement betrachten ist die **Devolution**. Hier bekommen die lokalen Nutzergruppen bestimmte Rechte und die Verpflichtungen für die Ressource. Jetzt tragen diese Nutzergruppen die Rechenschaft für ihre Aktivitäten vor den Mitgliedern dieser Nutzergruppen, und sind nicht wie die Institutionen in den Fällen von Dekonzentration und Dezentralisierung vor dem Staat verantwortlich.

Die letzte Alternative in dieser Auswahl ist die **Privatisierung**. Das bedeutet die Übertragung des Eigentums einer bestimmten Ressource von dem öffentlichen Sektor in den Besitz einer Privatperson oder einer Gruppe. Wenn es in diesem Fall um eine Organisation handelt, so kann sie sowie gewinnorientiert sein, als auch Non-Profit-Organisation sein.

Figur 1. Die Devolution im Kontext der Dezentralisierung und der anderen institutionellen Alternativen



(Quelle: Ruth Meinzen-Dick, Anna Knox, "Collective action, property rights and devolution of natural resources management: a conceptual framework")

Hinter diesen Tendenzen steht der Grundsatz der "Subsidiarität", der Prinzip, daß das Niveau, an dem die Entscheidungen getroffen werden das niedrigst zulässige sein soll. Die ersten beiden Fälle von Subsidiarität (Dekonzentration und Dezentralisation) bezeichnet man in der Literatur als **vertikale Subsidiarität**, die anderen zwei (Devolution und Privatisierung) - als **horizontale Subsidiarität** (Döring 1997, zitiert von R. Meinzen-Dick, A. Knox, M. Di Gregorio).

Diese gesellschaftlichen Phänomene liegen im Grunde des analysierten institutionellen Wandels. Gerade als Folge dieser Prozesse gewinnt die Frage über das kollektive Handeln bei der Verwaltung von gemeinschaftlichen Ressourcen immer mehr an Bedeutung.

In der nahen Vergangenheitⁱⁱ bekamen die Interessengruppen immer mehr Einfluß in der Lösung von umweltproblematischen Konflikten. Seit den späten Neunziger gründet sich die moderne Umweltschutzbewegung aus den Auseinandersetzungen zwischen Industrie, Politiker, Geschäftsleute und umweltbewußte Organisationen. Aber erst in den späten Achtziger konnten aus diesen Konflikten Gewinn - Gewinn - Lösungen (die sogenannten win-win solutions) entstehen. Im letzten Jahrzehnt ist das neue Phänomen entstanden. Mit den Instrumenten der nachhaltigen Entwicklung, der öffentlichen Partizipation und mit umweltfreundlichen Problemlösungsansätze kam es zu einer neuen organisatorischen Form. Diese Form ist bekannt unter unterschiedlichen Namen, wie zum Beispiel:

- community based collaborative partnerships
- watershed councils
- consensus groups
- coordinated resource management
- sustainable community initiatives

Diese Organisationen benutzen einen Policy Mix aus demokratischer Problemlösung und auf die individuellen Interessen und die gemeinschaftliche Fürsorge für die Ressourcen fokussierend, sind sie erfolgreich bei Ressourcen wie Wasser,

Weideflächen, Wald und beschützten Tierarten, in den Fällen, in denen sie als so genannte Almenderessourcen vorkommen.

2. Definition einer Almende Ressource nach E. Ostrom. Abgrenzung.

Der Brennpunkt der Bemühungen der oben genannten Organisationen für das gemeinschaftlichen Ressourcenmanagement und Objekt des kollektiven Handels derselben sind die Almenderessourcen. Nach der Definition von Elinor Ostromⁱⁱⁱ ist eine **Almenderessource** (in der englischen Fassung "common-pool resource") "ein natürliches oder von Menschen geschaffenes Ressourcensystem, daß hinlänglich groß ist, so daß es kostspielig (aber nicht unmöglich) ist, potentielle Aneigner von seiner Nutzung auszuschließen". Weiter unterteilt die Autorin die Almenderessource in **Ressourcensystem** und **Ressourceneinheiten**. Ressourcensystem bedeutet nach ihrer Auffassung eine "Vorratsvariable... , die unter günstigen Bedingungen in der Lage ist, ein maximales Quantum von einer Flußvariablen zu erzeugen, ohne daß die Bestände oder das Ressourcensystem selbst beeinträchtigt werden", zum Beispiel ein Bewässerungskanal oder ein Fischgrund. Ressourceneinheiten sind dagegen "was sich die Individuen aus dem Ressourcensystem aneignen oder nutzen", d.h. Kubikmeter landwirtschaftliches Wasser aus dem Bewässerungskanal oder Tonnen Fisch aus dem Fischgrund.

An dieser Stelle halte ich für angemessen, die Begriffe **Almenderessource** und **öffentliches** oder **Kollektivgut** abzugrenzen. Sowohl von einer Almenderessource, als auch von einem öffentlichem Gut ist es mit hohen Kosten verbunden die "Trittbrettfahrer" von der Nutzung der Ressource auszuschließen. Wenn wir aber zum Beispiel die nationale Sicherheit mit einem Fischgrund vergleichen, wird der Unterschied zwischen den zwei Ressourcentypen klar werden. Die Sicherheit die die "ordentlichen" Steuerzahler genießen, genießt auch der Trittbrettfahrer. Die Fische aber, die ein Almendemitglied fängt und verarbeitet, kann kein anderer frei genießen. Wie Elinor Ostrom schreibt:^{iv}

“Wo man nicht zwischen Substrahierbarkeit der Ressourceneinheiten und der gemeinsamen Nutzung des Ressourcensystems unterschied, entstanden Konfusionen über die Beziehungen von Almenderessourcen zu öffentlichen oder Kollektivgütern”

In diesem Sinne sind die Übernutzungsprobleme bei einer Almenderessource Alltag, und bei einem durchaus öffentlichem Gut sind sie nicht zu beobachten.

3. Das Ressourcensystem

Wie wir in dem vorigen Punkt erwähnt haben, besteht eine Almenderessource, die kollektiv zu verwalten ist, aus einem Ressourcensystem, das Ressourceneinheiten enthält. In den meisten Fällen sind diese Ressourceneinheiten erneuerbar.

Die Unterhaltung diesen regelmäßigen Nutzenstroms, seine gerechte Verteilung zwischen den Mitgliedern der Gruppe und die Erhaltung des Ressourcensystems sind eigentlich die Aufgaben der kollektiv Handelnden.

In einer Nutzergruppe können wir verschiedene Rollen entdecken. Nach der Klassifikation der Autorin geht es hier vor allem um die Folgenden:

- **Bereitsteller** (provider)
- **Produzenten** (producer)
- **Aneigner** (appropriator)

“**Bereitsteller**” bedeutet in diesem Fall die Person (physische Person, aber auch eine Organisation), die für die Bereitstellung einer Almenderessource sorgt. Mit “**Produzent**” ist hier gemeint jeder, “der etwas baut, repariert oder Maßnahmen ergreift, um den langfristigen Erhalt des Ressourcensystems sicherzustellen. Mit “**Aneigner**” ist konsequenterweise jeder Benutzer des Systems bezeichnet, der tatsächlich Ressourceneinheiten “aneignet”.

Jede Person in einer Nutzergruppe kann mehr als eine dieser Rollen spielen. Unter den Mitgliedern besteht eine multilaterale **Interdependenz**.

Im Normalfall sind die Mitglieder "rationale Personen, die sich in komplexen und unsicheren Situationen befinden"^v. Sie versuchen aus ihrer Situation das Beste zu machen, das bedeutet, sie gewichten Alternativen, aus denen ein maximaler Nutzen zu erzielen ist. Für welchen so zu sagen "Policy Mix" sie sich entscheiden werden, hängt von mehreren Faktoren ab.

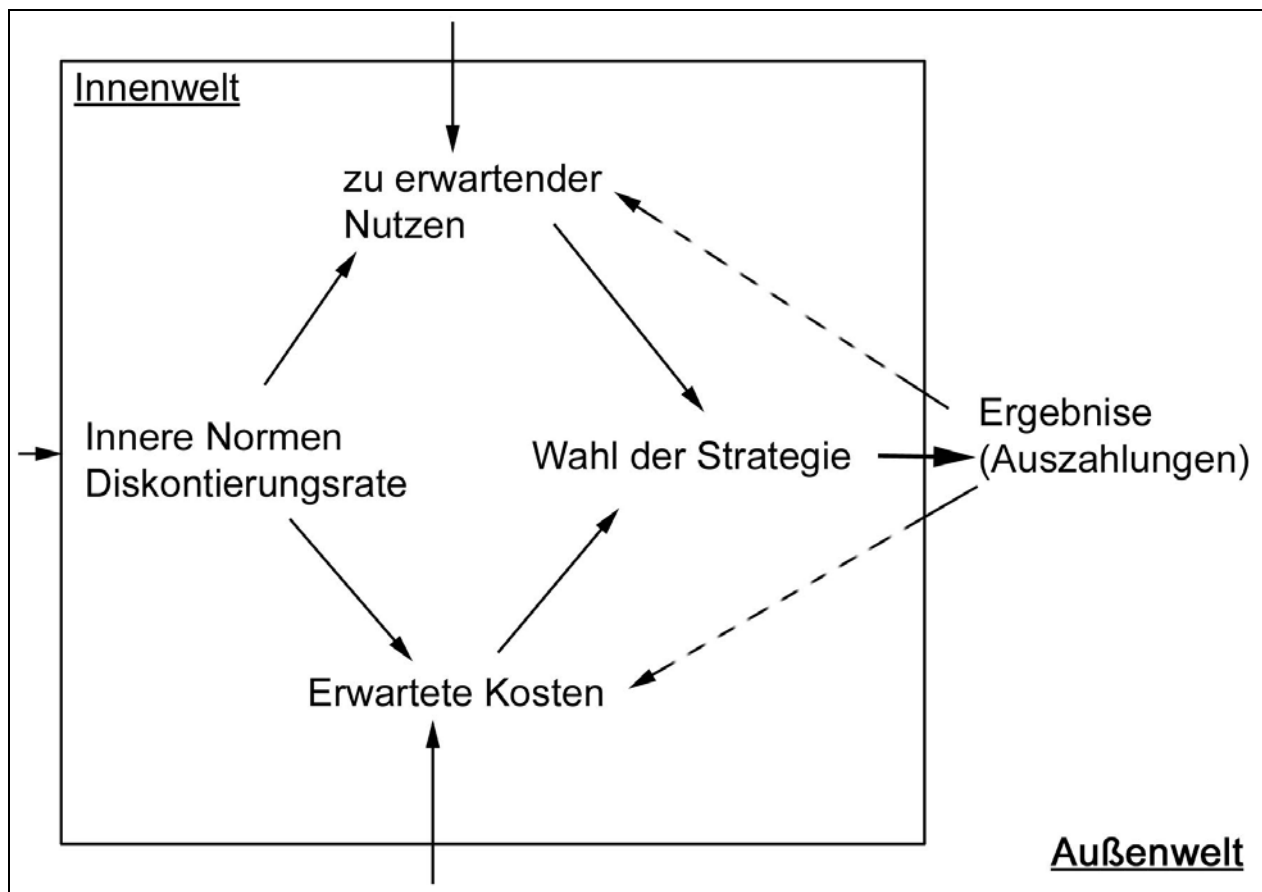
Wenn ein System kollektiv verwaltet wird, müssen sich die Mitglieder der Nutzergruppe mit vielen Unsicherheiten konfrontieren. In den meisten Fällen ist das verwaltete Ressourcensystem aus biologischer oder ökologischer Herkunft. Die Parameter dieses Systems sind mit vielen äußeren Bedingungen verbunden: klimatische Bedingungen, Krankheitserreger etc. Auch in dem System selbst gibt es viele Parameter, die ohne eine tiefere Analyse nicht herauszufinden sind - die Ausnutzungskapazität des Systems, die Zeit für seine Erholung etc. Diese Unklarheiten lassen sich einigermaßen mit dem den Nutzern eigenen "volkstümlichen Wissen" oder mit wissenschaftlichen Methoden eliminieren, ein viel größeres Problem bei der kollektiven Verwaltung oder Nutzung ist das menschliche Verhalten.

Ein wichtiges Problem sind die unterschiedlichen **Diskontierungsraten**, die jede einzelne Person unterschiedlich schätzt. Da die Benutzer in mehreren Beziehungen (materiell) heterogen sind, sind die ihre Schätzungen für das Zeithorizont der Benutzung auch unterschiedlich. Ein subsistent orientierter Benutzer würde der Ressource keinen besonders hohen Zukunftswert zuschreiben, da seine Existenz hier und jetzt mit dem direkten Konsum garantiert wird. Das gleiche gilt auch für Menschen, die keine direkten Anwohner an der jeweiligen Ressource. Ein ansässiger Fischer würde die künftigen Fischbestände in seinem See sehr hoch schätzen, wobei die vorbeifahrenden kommerziellen Fischer bei Gelegenheit den Fischbestand im See auch liquidieren würden. Diese Diskontierungsraten werden vor allem von der Tradition und von der materiellen Sicherheit der Aneigner bestimmt.

Neben den Diskontierungsraten beeinflussen das Verhalten der Aneigner auch die gemeinsamen Normen in der Gruppe. Man kann durchaus individuelle Entscheidungen treffen, sie sind aber auf jedem Fall von den akzeptierten traditionellen

Verhaltensnormen der Gruppe beeinflusst. Je nach der Beschaffenheit der Gruppe kann ein opportunistisches Verhalten mehr oder weniger wahrscheinlich sein. Diese Problemstellung ähnelt hier dem sogenannten "Gefangenen-Dilemma", oder dem Problem von Hardin mit den Kuhhirten, ist aber komplexer. Die Gruppenmitglieder sind nicht unbedingt gezwungen **voneinander unabhängig** zu handeln. In der kollektiven Verwaltung eines Systems, das auch dem Einfluß äußerer Parameter unterliegt ist es vielmehr logischer von "**bedingten Strategien**"^{vi} zu sprechen. Unter "bedingten Strategien" versteht die Autorin "eine ganze Klasse geplanter Handlungen, die von den vorgefundenen Bedingungen in der Welt abhängig sind". Deswegen kann der Begriff "rationelle Handlungsweise" nur in einem ganz breitem Sinne benutzt werden.

Figur 2. Die Innenwelt individueller Entscheidungen.



(Quelle: Elinor Ostrom, "Die Verfassung der Almende")

4. Nutzung des Ressourcensystems. Rollen der kollektiv Handelnden.

Wenn die Mitglieder einer Nutzergruppe ihren Lebensunterhalt aus einem Ressourcensystem bestreitet, so beeinflusst fast jede ihrer Handlung die anderen Mitglieder der Gruppe direkt und viele andere Personen indirekt, das heißt sie befinden sich offensichtlich in einer Konkurrenzsituation. Wenn sie individuell handeln, können sie alle Ressourceneinheiten aus dem System entziehen und das System als solches im Endeffekt ruinieren. Wenn sie nicht kooperativ handeln, wird die Summe des Nutzens, aber auch der Durchschnittsnutzen je Mitglied nicht besonders hoch sein.

“... wenn eine Gruppe von Personen ein gemeinsames oder kollektives Interesse hat - wenn die Personen also einen Zweck oder ein Ziel teilen - so kann individuelles, unorganisiertes Handeln das gemeinsame Interesse entweder überhaupt nicht oder aber nicht angemessen fördern.”^{vii}

Wenn das allen Mitglieder der Nutzergruppe bewußt ist, reicht das bei weitem nicht, um eine erfolgreiche gemeinschaftliche Nutzung der Almenderessource zu organisieren.

5. Verhaltensalternativen.

Kollektiv zu handeln bedeutet **organisiert** zu handeln. In der folgenden Tabelle^{viii} sind einige Parameter des individuellen Handelns neben solchen des kollektiven Handelns dargestellt.

Aktivitäten ohne Organisation	Aktivitäten binnen einer Organisation
simultan	sequentiell
unbedingt	bedingt
häufigkeitsunabhängig	häufigkeitsabhängig

Bei der Bildung einer Organisation und bei der Koordination ihrer Mitglieder entstehen beträchtliche Transaktionskosten und (hoffentlich) einen größeren Nutzen im Vergleich zu dem unorganisiertem Fall. Von diesem Nutzen profitieren alle Gruppenmitglieder, sind aber alle dazu bereit ihren Teil der Transaktionskosten zu übernehmen? Wie können “free riders” dazu motiviert werden (gezwungen, überzeugt) sich fair an den Kosten zu beteiligen?

6. Systemalternativen.

Die Theorie gibt Vorschläge für die Art und Weise, in denen kollektives Handeln organisiert werden kann. Eine Alternative dazu ist die Form eines Unternehmens, eine andere, die Form eines Staates. In den beiden Fällen handelt es sich um ein institutionelles Arrangement, das Alternativen zu dem unorganisiertem Handeln anbietet.

▪ **Die Unternehmenstheorie**

Die Prinzipien dieser Theorie sind allgemein bekannt. Ein Individuum (Unternehmer) erkennt eine Möglichkeit seine Rente zu erhöhen. Zum Zweck gründet er eine Organisation (Unternehmen), in der er andere Individuen vertraglich zu Interdependenz unter bestimmten Bedingungen bindet. Die Beziehungen mit der Umwelt regelt diese Organisation mit weiteren Verträgen. Jeder Individuum entscheidet freiwillig ob er in die Organisation (natürlich nach dem Einverständnis des Unternehmers) wegen seines eigenen Interesse eintreten wird, oder ob er mit ihr in geschäftlichen Beziehungen kommt. Die Rolle des Initiators gibt dem Unternehmer eine Reihe von Vorteilen vor den anderen Personen in der Organisation. Die Verantwortung und die Haftung für die Mißerfolge des Unternehmens wird aber auch direkt von Unternehmer getragen.

Das private Interesse zur Gewinnmaximierung zwingt den Unternehmer die Organisation so effizient wie möglich zu gestalten. Letztlich hat der Unternehmer die Befugnis die in die Organisation eingeflossene Rente nach seinem persönlichen Maßstab unter seinen Arbeitnehmern zu verteilen.

▪ **Die Staatstheorie**

Diese Theorie ist auch allgemein bekannt. Nach ihr verschafft sich ein Herrscher (Regent) den Gewaltmonopol und sichert solcherweise die friedliche Existenz seiner Untertanen. So ist in diesem Fall der Zwang das Hauptinstrument zum „Aufzwingen“ von koordinierten kollektiven Handlungen. Der Regent hat ein eigenes Interesse, daß die Existenz seiner Staatsangehörige erfolgreich verläuft, denn solcherweise fließen in der Form von Steuern mehr Einnahmen in seine Kasse. Hier besteht keine freiwillige Wahl der Zugehörigkeit und kein Konkurrenzverhältnis.

In den beiden Theorien wird der ganze Prozeß der Koordination von einem einzigen Individuum getragen. Derselbe bestimmt auch die Struktur und die Koordinationsregeln in der Organisation. Die beiden Koordinationsformen sind alt und geprüft und mehr oder weniger erfolgreich. Man sollte sich aber die Frage stellen, wie in einem "informellen" Milieu die Probleme der Koordination bewältigt werden können, und zwar die **Bereitstellung der Ressource(n)**, die **Selbstverpflichtung** zum Einhalten der Regeln der Organisation und die **Überwachung** der Ordnungsmäßigkeit der Handlungen der Gruppenmitglieder^{ix}. Darin liegt eben die Kernproblematik des kollektiven Handelns.

Die **Bereitstellung einer Organisation** (Institution, einer Summe von Regeln) ist das Ausgangsproblem des kollektiven Handelns. Eine Gruppe von Individuen hat ein gemeinsames Interesse und soll einen Komplex aus Regeln entwickeln, der die ganze Gruppe als optimal anerkennen wird. Nach der Akzeptanz dieses Komplexes ist von jedem Mitglied zu erwarten, daß er seine selbständigen Strategien aufgibt und die allgemein empfohlene Strategie befolgt, damit alle den erwarteten Nutzen bekommen. Doch "selbst wenn die Auszahlungen symmetrisch sind und alle Personen nach der Einführung der Institution (gleichermaßen) bessergestellt werden, würde die Beschaffung noch immer scheitern, da die Institution ein öffentliches Gut bereitstellt und rationale Individuen immer bestrebt wären, dessen Vorteile sich umsonst anzueignen."^x So kann man hier ein Problem zweiter Ordnung entdecken. Die Prämisse sind aneinander gekettet und ineinander verschachtelt. Theoretisch gibt es aus dieser Situation keinen Ausweg, in der Realität aber, gibt es zahlreiche Beispiele von arbeitenden Gemeinschaften. Nach spieltheoretischen Untersuchungen wird von Kreps und Mitarbeiter (1982) gezeigt, daß bei iteriertem (wiederholtem) GD-Spiels eine Unsicherheit über die tatsächlichen Auszahlungsbedingungen entsteht. Es lohne sich dabei aber, daß die Akteure sich gegenseitig ihre Kooperationsbereitschaft demonstrieren, mit der Erwartung, daß die anderen sich auch positiv verhalten. Das übergeht aber in Richtung Verhaltensforschung und läßt sich schwer operationalisieren und institutionalisieren.

Das zweite Problem ist die glaubwürdige **Selbstverpflichtung** der Mitglieder gegeneinander, die gemeinsam verabschiedeten Regeln zu befolgen. Hier existiert die "Versuchung", die Regeln nicht zu befolgen, wenn das persönliche Interesse (oder vielleicht die Existenz des Einzelnen) bedroht ist. In einen solchen Fall handelt der hypothetische Mitglied nach der Formel

$$E_t > V_t - S_t^{xi}, \text{ wobei}$$

E_t = Nutzen von der Einhaltung des Regelsystems

V_t = Nutzen von der Verletzung der Regel

S_t = Höhe einer eventuellen Sanktion, wenn der "Verbrecher" entdeckt wird.

Eine eventuelle Lösung dieses Problems wäre natürlich der äußere Zwang auf den Mitgliedern, die Regeln einzuhalten. Andererseits aber besteht die Frage von der Zuverlässigkeit und die Überparteilichkeit dieser Kontrolle, deshalb sehen einige Regelsysteme eine Sanktion vor, die viel höher als jeder Nutzen von der Verletzung der Regeln ist ($S_t > V_{max}$) ist.

Elinor Ostrom behauptet: "Die Frage, wie sich eine Gruppe von Akteuren dazu motivieren kann, einander bei der Einhaltung von eines selbstentworfenen Regelsystems zu überwachen, läßt sich ohne weiteres nicht thematisieren." In der Tat existieren solche Systeme, nur die Erklärung ihrer im Grunde legenden Prinzipien läßt sich ohne eine tiefere Erklärung von der Verhaltenstheorie mit einem spieltheoretischem Ansatz.

7. Fallstudie "Palawan - die letzte ökologische Grenze"^{xii}

Palawan ist eine der größten Provinzen der Philippinen. Sie besteht aus einer langen und engen Hauptinsel (450 km) und weitere 1 768 unterschiedlich große Inseln und befindet sich in der Region Visayas, zwischen Südchina und der Sulu See. Wegen ihrer unberührten Natur wurde Palawan lange "die letzte ökologische Grenze der Philippinen"

genannt. Seine Ressourcen bestehen aus üppigen Vegetation, große Waldbestände und einer reichen Wasserwelt. Es sind auch einige Mineralien auf der Insel entdeckt worden.

Früher war Palawan vielseitig unterentwickelt. Das politische Entscheidungssystem des Landes war äußerst zentralistisch, was von dem Militärregime noch intensiviert wurde. Das in Manila situierte **Departement für ökologische und natürliche Ressourcen** vergab die für die Region relevanten **Lizenzen für die Holzproduktion**. Die Wälder in der Region wurden sowohl legal als auch illegal ausgebeutet. Die Einheimischen praktizierten sehr oft die Schaffung von Ackerland durch Abbrennen und Abholzung von großen Waldflächen.

Als **frühere Initiativen** sind die Folgenden zu erwähnen:

- **Projekt für die integrierte Entwicklung von der Region Palawan.** Dieses Projekt wurde 1981 gestartet, und war finanziert durch einen Kredit in der Höhe von 47 000 000 USD, vergeben von der Asian Development Bank. Als Zielsphären des Projekts waren die Infrastruktur, die landwirtschaftliche Intensifikation, die soziale Gesundheit, Bewässerungspläne. In dem Projekt wurde auch eine ökologische Einheit integriert, nämlich das **Integrierte Ökologische Programm**, finanziert durch einen Kredit der damals sogenannten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Durch dieses Programm wurden die natürlichen Ressourcen der Region gründlich erforscht. Diesen Forschungen zufolge wurde 1987 ein **Strategischer Umweltplan** entwickelt, was 1991 von der Präsidentin Corazon Aquino zu einem nationalen Programm erklärt wurde
- Der **Strategische Umweltplan** war ein verständliches Rahmenprogramm für die nachhaltige Entwicklung der Region Palawan. Er versuchte den lokalen Behörden bei der Schaffung von Entwicklungsprogrammen zu helfen. Der Plan hatte die folgenden Grundsätze:
 - **Ökologische Vitalität:** die Zyklen (physisch und biologisch) sind zu beachten, die Produktivität des Ökosystems muß immer intakt bleiben

- **Soziale Akzeptanz:** die Anwohner sollten an sich und für sich um die natürlichen Ressourcen durch partizipative Praktiken im Sinne der nachhaltigen Entwicklung kümmern.
 - **Integrale Methode:** das Projekt sollte ein holistisches Bild der Region und ihrer “wunden Punkten” aber auch Kanäle zur Koordination zwischen den Organisationen, die es anwenden, verschaffen.
- Neben diesem Plan sollte auch ein **Netzwerk der kritischen Regionen** geschaffen werden, ein graduiertes System für Umweltschutz und -kontrolle.
 - Fast gleichzeitig mit dem Strategischen Umweltplan wurde auch ein **Gesetz für die lokale Verwaltung** verabschiedet. Das Gesetz war für das ganze Staatsgebiet gültig. In ihm steht unter anderem “Die territorialen und politischen Behörden des Staates brauchen eine partizipative lokale Autonomie seitens der lokalen Behörden für ihre vollkommene Entwicklung als selbständige Körperschaften”. Dadurch wird ein System der Dezentralisierung eingeführt, in dem den lokalen Behörden mehr Macht, Zuständigkeiten, Verantwortung und Ressourcen überlassen werden.

Von Dezentralisierung zu Devolution kommt es in dem **Programm für tropische Forstwirtschaft in Palawan** (PTFP). Mit einem Kredit der EU in der Höhe von 17 000 000 ECU wird ein 7jähriges Programm für die Erhaltung der gebliebenen Waldbestände in Palawan gestartet. Darin wird die Rolle der lokalen Autorität der Bevölkerung anerkannt. Das Programm unterschrieb ein Memorandum auf lokalem Niveau, in dem die Bereichen der höchsten Priorität festgelegt wurden.

So wurde auf lokaler Ebene je einen Beamten ausgewählt, dessen Aufgabe war, als Kontaktperson zwischen dem PTFP und die Bevölkerung zu dienen. Diese Beamten wurden unterschiedlich genannt (Beamte für ökologische und nachhaltige Entwicklung, Kommunaler ökologischer Beauftragte, Beauftragte für die natürlichen Ressourcen etc.). Das Programm kollaborierte auch mit lokalen Nichtregierungsorganisationen für Schulung und Beratung, aber auch als Zutrittsplattform zu den Gemeinden.

Weiter betätigte sich das Programm für die Verteilung von Bewässerungswasser. Gerade hier war der Kontakt zu der Bevölkerung und ihre Beteiligung am intensivsten. Die Menschen kommunizierten mit dem Programm durch die Vermittlung der erwähnten Beamten. Dieses Verfahren entwickelte gemeinschaftliches Vertrauen, Fähigkeiten und stimulierte die Kohäsion in der Gruppe mit der Absicht die Leute mit ihrer eigenen künftigen Entwicklung zu beauftragen. In diesem Sinne wurden fast 200 Mikroprojekte realisiert.

Schlußfolgerungen aus der Fallstudie:

- Die Devolution von Machtressourcen und Zuständigkeiten an den lokalen Institutionen gab ihnen bessere Möglichkeiten für gemeinschaftliches Handeln und kollektive Verwaltung der Ressourcen.
- Das persönliche Engagement der lokalen Einheiten die Lösung ihrer eigenen Probleme zu übernehmen braucht eine nachhaltige institutionelle Stärkung.
- Die Rolle der Außenfinanzierung ist hoch zu schätzen, aber nicht zu überschätzen. Ohne den Willen der Bevölkerung seine eigene Lebenssituation nachhaltig zu verbessern konnte der Strategische Umweltplan nicht durchgeführt werden.

8. Pros und Contras des kollektiven Handelns^{xiii}

- + macht alle Gruppenmitglieder (stakeholders) einen Teil des Entscheidungsprozesses.
- + stimuliert das aktive Verstehen von Problemen und Interessen, die nicht nur den konkreten Mitglied betreffen
- + führt kreative Lösungen ein
- + realisiert bessere Verwaltung an Ort und Stelle
- + erhöht die Zusammenarbeit für Problemlösungen auf lokaler Ebene
- + steigert die Kooperationsbereitschaft zwischen den Gruppenmitgliedern
- + erspart die Transaktionskosten für einige kostspielige Prozesse de Koordination

- delegitimiert die Konflikte
 - produziert massenweise Einkommen auf der Ebene des “kleinsten gemeinsamen Nenners”
 - involviert in dem Koordinationsprozeß inhomogene Mitglieder mit verschiedenen Parameter wie Zeit, Finanzmittel, Information und Verhandlungstraining
 - schließt Mitglieder in der Gruppe ein, deren Rolle (auch für sie selbst) eher unklar ist.
 - das lokale Interesse verdrängt das nationale Interesse
 - enkräftigt die nationalen und lokalen staatlichen Behörden und ihr Mitspracherecht
 - (unter Umständen) werden die staatlichen Behörden beim Entscheidungsprozeß hintergangen
-

Benutzte Literaturquellen:

ⁱ nach Ruth Meinzen-Dick, Anna Knox, "Collective action, property rights and devolution of natural resources management: a conceptual framework", Seiten 41 – 44

ⁱⁱ nach Sierra Club, "A systematic assessment of community based resource management partnerships", University of Michigan, School of Natural Resource and Environment

ⁱⁱⁱ Elinor Ostrom, "Die Verfassung der Almende", Seite 38

^{iv} ibidem, Seite 41

^v ibidem, Seite 42

^{vi} ibidem, Seite 47

^{vii} Olson, 1965, Seite 7, zitiert von E. Ostrom

^{viii} nach Elinor Ostrom, "Die Verfassung der Almende", Seite 50

^{ix} ibidem, Seite 54

^x Bates, 1988, Seite 394, zitiert von E. Ostrom

^{xi} nach Elinor Ostrom, "Die Verfassung der Almende", Seite 57

^{xii} Colleen Miguel, "Community based Resource Management through institutional reforms: The Palawan (Philippines) Experience", The World Bank / WBI's CBNRM Initiative

^{xiii} nach Sierra Club, "A systematic assessment of community based resource management partnerships", University of Michigan, School of Natural Resource and Environment